

Calmer Haabblatt

Nr. 272

Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang.

Verrechnungsmesse: einmal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 20 Pf.—
Wochen 60.—, auf Samstagsanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 %.— Fernspr. 9.

Dienstag, den 21. November 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Federlohn 20.—, monatlich. Postbezugspreis 22.— mit Beleggeld. — Schluss der Anzeigenannahme 3 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Geheimrat Cuno, wurde vom Reichspräsidenten erneut mit der Neubildung des Reichskabinetts beauftragt. Da die Sozialdemokraten sich gegenüber einer Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die bisherige Koalition ablehnend verhalten, so will man nun an die Bildung eines sog. Geschäftsministeriums aus Parlamentariern und Fachleuten gehen, in dem die Arbeitsgemeinschaft der Mitte jedoch den Ausschlag gäbe.

Bei den Wahlen im besetzten Oberschlesien zum Reichstag erhielten das Zentrum 5 Sitze, die Deutschnationalen 1 und die Sozialdemokraten ebenfalls 1 Sitz. Die anderen Parteien konnten keinen Sitz erringen.

Die seit dem Rücktritt Lloyd George's zu erwartende vollständige Kapitulation Englands vor der französischen Pfänderepoche gegenüber Deutschland wird nun auch öffentlich zugestanden. England soll sich nach einer Erklärung seines Außenministers in Paris bereit erklärt haben, Frankreich bei Erzwingung von Zahlungen durch Deutschland zu unterstützen.

Dafür werden die Franzosen auch die Ansprüche Englands in bezug auf türkisches Gebiet und in bezug auf die Dardanellenfrage unterstützen. Die Entente wird in Lausanne eine Hauptprobe ihres Zusammenhalts, der sich sowohl auf die Größe wie die kleine Entente und letzten Endes auch auf Amerika bezieht, zu bestehen haben, denn alle diese Staaten zusammen wünschen das Fortbestehen der Kontrolle über die orientalischen Völker sowie der Ausbeutung ihrer Länder.

Die Landtagswahl im besetzten Oberschlesien.

Beuthen, 21. Nov. Die gestrige Landtagswahl hat folgendes Stimmenverhältnis ergeben: Demokraten 12 013, Sozialdemokraten 74 074, Zentrum 203 360, Deutschnationale 71 060, Deutsche Volkspartei 35 749, Deutsch-Soziale 23 125, Kommunisten 37 130, Polen 48 023. Demnach erhalten das Zentrum 5, die Sozialdemokraten 1 und die Deutschnationalen 1 Abgeordneten. Die Deutschnationalen haben das Ergebnis der Wahlen in Oberschlesien bei der Landeswahlleitung und durch diese bei dem Reichswahlleiter in Berlin angefochten, weil die Deutschnationalen bei der Ausübung der Wahlberechtigung durch behördliche Maßnahmen sich behindert fühlten und zwar durch Verbote von Versammlungen in Oppeln und Hindenburg, die Vernichtung von Stimmzetteln und die Beschlagnahme von Plakaten, sowie durch die Propaganda anderer politischer Parteien vor den Wahllokalen.

Das Stimmenverhältnis zwischen Deutschen und Polen.

Berlin, 21. Nov. Wie die Blätter schreiben, hat bei den Wahlen in Oberschlesien zum Reichstag, Landtag und zum Provinziallandtag der Kampf zwischen Deutschen und Polen ein Stimmenverhältnis von 9:1 ergeben.

Das Stimmenverhältnis bei den Wahlen zur Nationalversammlung.

Beuthen, 19. Nov. In Oberschlesien fanden heute die Nachwahlen zum Reichstag und zum preussischen Landtag, sowie die Wahlen zum Provinziallandtag statt. Nachdem die Oberschlesische Katholische Volkspartei ihre Wahlvorläufe zurückgezogen hatte, sind an den Wahlen nur 8 Parteien beteiligt. Bei den Wahlen am 19. Januar 1919 wurden in dem nunmehr deutsch gebliebenen Teil Oberschlesiens für fünf am Wahlgang beteiligte Parteien an Stimmen abgegeben: für das Zentrum 236 000, für die Mehrheitssozialdemokraten 144 000, die Unabhängigen 18 000, die Demokraten 31 000 und die Deutschnationalen 31 000. Zu diesen genannten Parteien sind bei den heutigen Wahlen als neu hinzugezogen: die Deutsche Volkspartei, die Polnische Katholische Volkspartei, die Kommunistische Partei und die Deutschsozialistische Partei. Der Wahltag ist überall ruhig verlaufen. Das Ergebnis wird noch am späten Abend bekanntgegeben werden.

Die jetzige Zusammensetzung des Reichstags.

Berlin, 20. Nov. Infolge der Wahlen in Oberschlesien geht die Zahl der Reichstagsmitglieder von bisher 469 auf 459 zurück. Diese verteilen sich auf die einzelnen Fraktionen wie folgt: Vereinigte Sozialdemokratie 173, Zentrum 68, Deutschnationale Volkspartei 67, Deutsche Volkspartei 66, Deutsch-Sozialistische Partei 39, Bayerische Volkspartei 20, Kommunisten 15, Bayerischer Bauernbund 4, Deutsch-polnische Gruppe 3, Deutsch-hannoversche Landespartei 2, zu keiner Partei gehörig 2 (Redebour und Wegmann), zusammen 459.

Eröffnung der Orientkonferenz. Lausanne.

Die außenpolitischen Verhältnisse haben in den letzten Tagen in der Behandlung durch die öffentliche Meinung eine gewisse Beruhigung erfahren, da sich die Hauptspieler der Außenpolitik für die Konferenz von Lausanne vorbereiten mußten. Was diese „Friedens“-Konferenz bringen wird, vor allem, ob sie einen sog. „Frieden“, oder aber neue kriegerische Verwicklungen herbeiführen wird, das ist die Frage, die alle Welt, namentlich aber uns Deutsche, heute am meisten bewegt. Wird sie doch darüber zu entscheiden haben, ob wir im nahen Osten — vorläufig — Ruhe bekommen, oder ob die Entente ihre Auffassung den Türken und den hinter ihnen stehenden andern orientalischen Staaten aufzuzwingen genötigt ist. Der Rücktritt Lloyd George's, das Ergebnis der vollständig auf die Außenpolitik eingestellten Wahlen in England, die eine absolute Mehrheit der Konventionen gezeitigt haben, zeigt, daß man die Politik Lloyd George's, der mit starken propagandistischen Mitteln Frankreich von seiner Erpressungspolitik im allgemeinen Interesse der Entente und selbstverständlich Englands im besonderen abbringen wollte, nicht mehr billigte, weil man die Gefahr einer Entfremdung nicht auf sich nehmen wollte. Wir haben bekanntlich von jeher den Standpunkt vertreten, daß auf absehbare Zeit nicht mit einem grundsätzlichen Auseinandergehen der Alliierten zu rechnen ist, und daß die Ueberlegungen in einem großen Teil der deutschen Presse, Frankreich strebe die Vorherrschaft in Europa und im Orient an unter Schädigung der englischen Interessen im Orient, ja gegebenenfalls sogar auf die Gefahr eines Krieges gegen England lediglich unpolitischer Denkwiese entspringen, denn keiner dieser beiden Staaten kann heute, ohne die gewaltigen Erfolge des Weltkrieges in Frage zu stellen, ohne Unterstützung des andern seine Außenpolitik fortführen. Deshalb kam auch die unausbleibliche „Einigung“ Englands und Frankreichs in bezug auf ihre Haltung gegenüber den Türken, deshalb ist auch aus den staubauswirbelnden Annäherungsversuchen Frankreichs an die türkischen Nationalisten und die Russen nichts geworden, weil die Franzosen ohne England und das hinter ihnen stehende Amerika eine großzügige Weltpolitik, wie sie es in ihrem Größenwahn im Kopfe haben, nicht treiben können. Deshalb hat man sich noch rasch in Paris vorher über die Marschroute geeinigt, die man in Lausanne einschlagen will, und sich dabei auch der Zustimmung des Herrn Mussolini versichert, der zwar ebenfalls von der Entente nicht weg kann, ohne den neu erstandenen italienischen Imperialismus aufzugeben, der sich aber die Behandlung Italiens seitens der führenden Ententemächte als artiger Mitläufer nicht mehr gefallen lassen will. Italien will jetzt seine kolonialen Ansprüche erheben, seine Rechte auf das adriatische Meer geltend machen, das man gern als rein italienisches Binnenmeer betrachten möchte, um so bei Gelegenheit das östliche Ufer auch einstecken zu können, es will Südtirol verwirklichen, und es will von Deutschland außerdem noch erhebliche Kriegsschadigungen, das ist das außenpolitische Programm des neuen italienischen Nationalhelden, mit dem er seine Kollegen in Paris und London beglücken will.

Lausanne wird eine der wichtigsten Friedenskonferenzen seit Versailles werden, weit wichtiger als letztere, denn hier stand die mächtige Siegergesellschaft einem zerfallenen Volke gegenüber, hier aber werden sich zwei Völkerverbände gegenüber treten, die frei in ihren letzten Entscheidungen sind, und gegebenenfalls ihre Forderungen, wenn sie grundsätzliche Fragen ihres politischen und nationalen Ansehens berühren, mit dem Einsatz der Bajonette vertreten bzw. verteidigen werden. Die Konferenz wird ganz nach dem Wilsonschen Völkerbundprogramm ö f f e n t l i c h durch den Schweizer Bundespräsidenten eröffnet werden. Nachher werden allerdings, wie schon verabschiedet, alle Fragen hinter verschlossenen Türen behandelt werden. Es sind da aber auch Fragen dabei, die durchaus kein Licht und keinen Luftzug vertragen können. Zum Beispiel die Dardanellenfrage, an der ein gutes Duzend Staaten interessiert ist, die so ziemlich alle auseinandergehende Auffassungen haben. Das Hauptproblem ist hier, ob die Dardanellen wie bisher unter dem Schutz der Türkei stehen, oder aber unter den „Schutz“ des Völkerbunds kommen sollen, d. h. in die Gewalt der Entente, die in einem Kriegsfalle mit den Ostflotillen mit ihren vereinigten Flotten dann einfach die Durchfahrt erzwingen würde. Mit andern Worten: England und die daran ebenfalls interessierten Ententestaaten wollen sich mit den Dardanellen ein zweites Gibraltar schaffen. Dagegen wehren sich die Türken, die bei

einer „Neutralisierung“ der Dardanellen jederzeit der Gefahr der Besetzung Konstantinopels ausgelegt und überhaupt wieder zu politischer Passivität verdammt wären. Aber auch die Russen, ob es sich nun um Bolschewisten oder Nationalrussen handelt, können eine Festsetzung der Ententestaaten an den Dardanellen nicht dulden, weil diese eine dauernde Bedrohung ihres Handels mit dem Orient und dem mittelländischen Meer und im Kriegsfalle ihres Aufmarschgebiets sowohl nach Westen wie nach Süden bedeuten würde. Weiter wird es sich darum handeln, wie sich die Alliierten mit den Türken über die von ersteren besetzten Gebiete, die vor dem Kriege der Oberhoheit der Türkei unterstanden, auseinandersetzen, also über Mesopotamien und Palästina, das die Engländer besetzt halten, und über Syrien, das von den Franzosen als „Mandat“ übernommen wurde, und schließlich über Arabien, das man gerne zu einem „unabhängigen“ Königreich unter den Einfluß Englands nehmen möchte. Es scheint, daß die Entente in diesen Fragen teilweise entgegenkommen will in dem Sinne, daß man sich mit der wirtschaftlichen Ausbeute dieser reichen Gebiete — vorerst — zufrieden geben will. Dann aber möchte man die „moralische“ Seite gerne ausbeuten, und darin waren die Alliierten ja bisher Meister, sodaß die Pharisäer der alten Zeiten dagegen die reinsten Waisenkneben gewesen sind. Man will nämlich „Sicherheiten“ für die nationalen und religiösen Minderheiten, also für die Armenier und Griechen, für die Christen und Juden, und zu ihrem Schutze will man Ententemilitär in die betreffenden Gebiete setzen. Also auch hier militärische Kontrolle, wie an den Dardanellen. Es wird sich nun fragen, wie weit heute die Türken zusammen mit ihren offenen und geheimen Verbündeten die militärische Kraft in sich fühlen, ihre Forderungen nach a b s o l u t e r Freiheit geltend zu machen. Man muß beachten, daß das türkische Volk seit 11 Jahren fast ununterbrochen im Kriege steht, daß die Bolschewisten wirtschaftlich auch erst im Aufbau begriffen sind. Unter diesen Umständen wäre es zu verstehen, wenn die Türken sich vorläufig zu einem Kompromiß herbeiließen. Aber das Streben der Türken wie der andern orientalischen Völker nach Befreiung vom Druck und der Ausbeutung der Ententemächte wird damit nicht beendet sein, so wenig wie sich das deutsche Volk mit seinem heutigen Slavenleben abfinden wird. O. S.

Die Eröffnungssitzung.

Lausanne, 20. Nov. Nachdem der Bundespräsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Haab, die Delegierten der alliierten Hauptmächte nacheinander in Duzch empfangen hatte, wurde heute nachmittags um halb 4 Uhr die Lausanner Konferenz mit einer Ansprache des schweizerischen Bundespräsidenten eröffnet, worin er auf die Wichtigkeit und die Tragweite der gegenwärtigen Konferenz hinwies und dem Wunsche Ausdruck gab, daß, wenn demnächst Weihnachten gefeiert werde, auf der ganzen Welt infolge der Bemühungen der Delegierten zur Wahrheit werden möge ein „Friede auf Erden“.

Eine wirkungsvolle Ansprache des türkischen Vertreters.

Lausanne, 20. Nov. Nach dem Bundespräsidenten Haab ergriff Lord Curzon das Wort, indem er nach Dankworten an die Schweiz darauf hinwies, daß die gegenwärtige Friedenskonferenz als erste in einem neutralen Staat stattfindet, der besonders vorbildlich für die Friedensbemühungen sei. Er hoffe, daß dies die letzte aller Friedenskonferenzen sein werde, und erklärte, daß keine Bemühung zu groß sei, um den Frieden im Orient herbeizuführen und den Weltfrieden zu sichern. — Als dritter Redner sprach Ismed Pascha, der ausführte, daß der Waffenstillstand, der vor mehr als vier Jahren auf der Basis des Vertrauens auf Wilsons Grundsätze geschlossen worden sei, nicht den Feindseligkeiten ein Ende gemacht habe. Die türkische Nation, die ständig der Wohltaten des Friedens beraubt geblieben sei, habe die Unzulänglichkeit und die Unzweckmäßigkeit ihrer unaufhörlichen Friedensschritte, mit deren Hilfe sie Recht und Gerechtigkeit zu erlangen suchte, erkannt. Da ihr keine andere Hoffnung und kein anderer Weg geblieben sei, habe sie selbst ihre Existenz verteidigt und sich ihre Unabhängigkeit durch ihre eigenen moralischen und materiellen Hilfsmittel gesichert. Sie habe dabei zahllose Leiden tragen müssen und zahllose Opfer gebracht, denen alle freien Völker ihre Sympathie nicht verweigern würden. Dadurch, daß sie diese unmenlichen Opfer gebracht habe, habe sich die Türkei ihren Platz in der Kulturwelt mit allen Rechten auf ihre Existenz und ihre Unabhängigkeit erobert, Rechte, die jedes lebensfähige Volk besitzt, vor allem das Recht auf Arbeit und Tätigkeit. Das höchste Ziel des großen National-

eineswegs verdor-
t, 18. Nov. Eine
ammlung für die
enhaus in Stutt-
Wilhelmsdorf hat
Bafferzins beträgt
tet 43 M pro Ru-
e Kilowattstunde,
ots 700 M, Gries-

n fast zu gleicher
schule je ein Fen-
eines trotz einen
Kopf davontrug.
8. Nov. In Eber-
s Landwirts beim
so übel zugerich-
in verschiedenen
ntentillatoren ge-
nd gleich an Ort
en nur die abge-
u schweren Plün-
Holzwinden, wo
forderten, die den
etzte sich auf die
sich die Plünderer
begreifen.

tschaft.
Silbermünzen.
ld für das Reich
a der Woche vom
eise von M 20 000
in Zehnmärkfl.
tsprechende Preise
münzen durch die
verändert bis auf
wertes.

m Viehmarkt
110—140 000 M,

ha fmarkt wa-
en 498 Stück. Es
er 11 500—17 500,
7500—11 500 M
Freisen langsam.

lmann Calw.
ruderer Calw.

Metalle

zu folgenden Preisen
uft:
r M. 800.— p. Kg.
ug 600.—
i. Bei M. 450.—
er Kilogramm
von M. 1500.—
2000.— p. Kg. bel

Sozial, Vorheim, stermühlgasse 6 den, Telefon 2681.

er und Metalloer-
er werden bevorzugt.

Nach berichtet
das „Calmer
Haabblatt“ über
alle wissens-
werten Vor-
kommnisse!

ne Preise o. Bedarf an en

liegen | Eichhähnen

am-R | Wiesel, w.

Beste Quelle für
Lager.

et.

ziger Mann

str. 3.

eder 7649.

Verammlung der Türkei sei, diese Stellung zu wahren und zu festigen. Der allgemeine Frieden und die allgemeine Sicherheit könnten dadurch gewahrt werden, daß die Nationen gegenseitig ihr Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit achteten. Er hoffe, daß die Erinnerung an diese Ereignisse für die Zukunft ein Pfand des Friedens und der Stabilität abgeben werde und er hoffe auch, daß die türkische Delegation, die im höchsten Maße von gutem Willen bezeugt sei, bei den anderen Delegationen guten Willen finden werde. Hierauf schloß Bundespräsident Haab die Eröffnungsfeier, indem er die Konferenz einlud, die Beratungen am Dienstag vormittag im Chateau d'Udny fortzusetzen.

Die Türken wehren sich gegen den Ausschluß vom Präsidium.

Paris, 20. Nov. Der Sonderberichterstatter der Havas-Agentur in Lausanne meldet, daß die alliierten Vertreter sich heute vormittag über folgende Geschäftsordnung verständigt haben: Der Vorsitz wird von einem französischen, einem englischen und einem italienischen Delegierten geführt. Es werden drei Kommissionen gebildet und ein französisch-englisch-italienisches Pressebüro eingerichtet. Die Konferenz hält vor- und nachmittags vertrauliche Sitzungen ab. — Die türkische Delegation wird, wie der Berichterstatter hinzufügt, von der Konferenz verlangen, daß der Vorsitz nicht ausschließlich von einem französischen Delegierten geführt werden soll, sondern daß sämtliche auf der Konferenz vertretenen Mächte mit Einschluß der Türkei abwechselnd präsidieren.

Die Vorbereitungen der Alliierten.

Paris, 20. Nov. Nach einer Havasmeldung aus Lausanne ist gestern folgendes Communiqué veröffentlicht worden: Poincaré, Mussolini und Lord Curzon haben heute Abend eine ernste Unterredung gehabt.

Lausanne, 20. Nov. Die Besprechungen zwischen Poincaré, Curzon und Mussolini wurden heute vormittag in Udny fortgesetzt und dauerten drei Stunden. Nach ihrem Abschluß wurde folgende amtliche Mitteilung ausgegeben: Die Herren Poincaré, Curzon und Mussolini haben heute vormittag in gleich herzlichem Geist der Verständigung ihren Meinungsaustausch abgeschlossen, den sie am Sonntag begonnen haben. Sie beschäftigten sich auch mit den Fragen, die auf die Organisation der Konferenz und deren Geschäftsreglement Bezug haben.

Die voraussichtlichen Friedensbedingungen der Entente.

Paris, 20. Nov. (Wolff.) Die „Chicago Tribune“ faßt die voraussichtlichen Friedensbedingungen, die auf der Pariser Konferenz vom Samstag mit Mussolini endgültig vereinbart worden seien und der Türkei vorgelegt werden sollen, wie folgt zusammen:

1. Unbedingte Sicherheit der Freiheit der Meerengen in Kriegszeiten und für Kriegsschiffe; Entmilitarisierung der Zone entlang den Dardanellen.
2. Die Alliierten ergreifen militärische und maritime Zwangsmaßnahmen gegen die Türkei, wenn diese es ablehnt, die Friedensbedingungen anzunehmen. Rumänische und südslawische Truppen sollen Verwendung finden;
3. Die Alliierten besetzen Konstantinopel und die neutrale Zone in Kleinasien bis der Friedensvertrag von allen Alliierten ratifiziert ist;
4. Die Kapitulationen werden abgeschafft, jedoch unter anderem Namen im wesentlichen aufrecht erhalten;
5. Das palästinensische, syrische und mesopotamische Mandat einschließlich der Petroleumfelder von Mossul bleibt bestehen;
6. Alle Konzessionen, die in der Zeit vor dem Kriege von der türkischen Regierung gewährt wurden, müssen aufrechterhalten bleiben, ausgenommen die Konzessionen an Deutsche;
7. Der Waffenstillstand von Mudania bleibt in Kraft bis zur Ratifizierung des Friedens;
8. Sämtliche alliierten Militärfriedhöfe in der Türkei müssen auf immer an die Alliierten abgetreten werden;
9. Der Dodekanes bleibt unter italienischer Kontrolle bis die Alliierten untereinander darüber verfügt haben;
10. Die türkische Truppenzahl wird eingeschränkt und in Europa ausschließlich auf Freiwillige beschränkt;
11. Schutz der christlichen Minderheiten unter Ueberwachung alliierter Offiziere;
12. Ersatz des Schadens an Eigentum aller Nationsangehörigen infolge des Krieges;
13. Kein Anspruch an Griechenland wegen Kriegsschädigung für den Krieg in Kleinasien.

Die amerikanischen Forderungen für Lausanne.

Paris, 20. Nov. Havas berichtet aus Konstantinopel, Admiral Bristol, der von der Regierung der Ver. Staaten als Beobachter der Friedenskonferenz in Lausanne bestimmt wurde, werde sofort seinen hiesigen Posten als amerikanischer Oberkommissar in Konstantinopel verlassen, um sich nach Lausanne zu begeben.

London, 20. Nov. Die „Times“ melden aus Washington: Nach einer Mitteilung des Weißen Hauses werden die amerikanischen Vertreter auf der Lausanner Konferenz für die Aufrechterhaltung der Kapitulationen, den Schutz philanthropischer, erzieherischer und religiöser Einrichtungen, für angemessene Zusicherungen bezüglich der Freiheit kommerzieller Unternehmungen, geeignete Maßnahmen für den Schutz der Minderheiten, für Zusicherungen betreffend die Freiheit der Meerengen, sowie für die Entschädigung des von Amerika in der Türkei infolge ungesetzlicher Handlungen erlittenen Verluste einreten. — Man sieht, das „uninteressierte“ Amerika hat eine Masse Wünsche, die alle von den Alliierten auch vertreten werden. Man will eben auch der Türkei keine staatliche Selbständigkeit zugestehen. Aus der ganzen Art der Forderungen geht klar das Einverständnis mit der Entente hervor.

Nachzahlung der Vierteljahrsbezieher.

Ein Teil unserer Leser, die unsere Zeitung durch Vierteljahrsbestellung durch die Post beziehen, hat unserer am 14. Nov. ergangenen Bitte um Nachzahlung von Mk. 225.— für das laufende Vierteljahr noch nicht entsprochen. Bekanntlich wurde den Lesern schon durch das zuständige Postamt mitgeteilt, daß der Bezugspreis von Mk. 315.— für das 4. Vierteljahr nur ein vorläufiger sei. Die abermalige Erhöhung des Papierpreises auf über Mk. 160.— für das Kilo hat, wie schon erwähnt, die Notwendigkeit dieser Nachzahlung erwiesen. Sollte die Nachzahlung bis zum 25. November nicht bei uns eingegangen sein, so müßten wir den Betrag von Mk. 225.— durch Nachnahme, zuzüglich der Kosten, erheben lassen.

Verlag des „Calwer Tagblatt“.

Die englische Tendenz der Trennung der Mosamedaner von den Türken.

London, 21. Nov. Die „Times“ meldet aus Kairo, der König von Hedjas habe den Sultan eingeladen, seinen Wohnsitz in Mekka zu nehmen. — Einer Meldung der „Times“ aus Konstantinopel zufolge, stellen die türkischen Blätter die Flucht des Sultans als eine unbedeutende Episode hin. Der Sultan sei eine unbedeutende Persönlichkeit und ein Feigling und Verräter gewesen. Die britischen Behörden würden wider Erwarten nicht beschuldigt, den Sultan gewaltsam entführt zu haben.

Venizelos in Lausanne.

Lausanne, 20. Nov. Venizelos ist heute mit dem Pariser Schnellzug hier eingetroffen.

Die indische Unabhängigkeitsbewegung.

London, 18. Nov. (Wolff.) Nach einer Meldung aus Bombay hat die indische Handelskammer ein Memorandum an den Sparsausschuß gerichtet, der gegenwärtig die indischen Finanzen untersucht. Darin wird verlangt, daß die Engländer im indischen Heere allmählich durch eingeborene Soldaten ersetzt werden und daß in zehn Jahren nur noch die für die Ausbildung der Mannschaften unbedingt notwendige Zahl britischer Offiziere im Heere ist. Die Landesverteidigung müsse gesichert werden durch ein kleines stehendes Heer mit großen Reserven geübter Mannschaften.

Mexikos Widerstand gegen die amerikanische Aneignungspolitik.

Paris, 20. Nov. Einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Mexiko zufolge, hat Präsident Obregon vorgeschlagen die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Mexiko angegriffen und sie der Einmischung in rein mexikanische Angelegenheiten beschuldigt. Er bezog sich insbesondere auf die beabsichtigte Petroleumgesetzgebung. Das Abgeordnetenhaus unterstützte ihn und machte den Pankees-Imperialismus für die Lage verantwortlich. Es wurden zahlreiche Angriffsreden gegen die Vereinigten Staaten gehalten.

Die Reparationsfrage.

Die deutsche Antwort auf Poincarés Forderungen.

Die tatsächlichen Verhältnisse in der deutschen Finanz- und Volkswirtschaft.

Gegenüber den heftigen und verleumderischen Behauptungen über einen angeblichen betrügerischen deutschen Staatsbankrott erzählt das Wolffbüro von zuftändigem Stelle u. a.:

Was die Steuern anlangt, so betragen die Einnahmen aus den Besitz-, Verkehrs- und Verbrauchssteuern, Zöllen sowie Ausfuhrabgaben im Jahre 1918: 5,936 Milliarden Mark, 1919: 8,000, 1920: 44,534, 1921: 82,739, 1922: (bis 31. 10.) 185,747 Milliarden Mark. Es kann also nicht die Rede davon sein, daß die Beamtengehälter nicht durch Steuern abgeglichen würden. Und was die Zahlung der Steuern betrifft, so genügt es wohl, auf die Tatsache des seit 1920 durchgeführten 10%igen Lohn- und Gehaltszuges bei allen Festbedienten und der Arbeiterschaft sowie darauf hinzuweisen, daß jeder Steuerpflichtige Vorküsse auf Grund seiner vorjährigen Veranlagung zahlen muß. Daß die Statistik des deutschen Außenhandels bei der gegenwärtigen Instabilität der Währung nicht mehr die gleich zuverlässigen Zahlen wie früher ergibt, ist richtig; das ist aber eine Tatsache, die auch anderen Ländern in ähnlichen Verhältnissen nicht unbekannt ist. Hat doch sogar Frankreich, obwohl es sich hinsichtlich seiner Währung in einer ungleich besseren Lage befindet, innerhalb der

letzten drei Jahre die Methode der Wertermittlung dreimal ändern müssen, ohne daß die Zahlen der französischen Außenhandelsstatistik nunmehr Anspruch auf absolute Richtigkeit erheben könnten. Nach der letzten verbesserten Methode der Wertermittlung in Goldmark betrug im ersten Reparationsjahr, d. h. in der Zeit vom 1. 5. 1921 bis zum 30. 4. 1922 die Passivität des deutschen Außenhandels 1,865 Milliarden Goldmark. Poincaré verweist ferner auf die deutsche Schuldenerkennung auf dem Weltmarkt und behauptet, Deutschland habe den Weltmarkt wiedererobert. Die deutsche Regierung hat versucht, durch eine Ausfuhrpreis- und Wertkontrollen die Ausfuhrpreise den Weltmarktpreisen anzugleichen, doch haben diese Bemühungen infolge der außerordentlich raschen Entwertung der Mark in der letzten Zeit keinen vollen Erfolg haben können. Und was die Eroberung des Weltmarkts anlangt, so beträgt die deutsche Ausfuhr heute knapp ein Drittel der Vorkriegsausfuhr. Es ist zwar richtig, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland verhältnismäßig gering ist, der Hauptgrund liegt aber darin, daß Deutschland jetzt viele Waren, die es früher im Ausland kaufte, und die es bei normalen Geschäftsverhältnissen auch vorteilhafter aus dem Ausland beziehen würde, jetzt im eigenen Lande erzeugen muß, weil die geringe Kaufkraft der Mark den Bezug aus dem Ausland ausschließt. Es kommt ferner in Betracht, daß von Deutschland wichtige Gebiete industrieller und landwirtschaftlicher Uebersehproduktion abgetrennt wurden mit dem Ergebnis, daß dieser Ausfall durch vermehrte Arbeit im übrigen Deutschland gedeckt werden muß. Trotzdem nimmt die Arbeitslosigkeit in Deutschland in der letzten Zeit zu, insbesondere aus dem Grunde, weil die deutsche Industrie die Rohstoffe und Arbeitskräfte nicht mehr bezahlen kann und weil die industriellen Betriebsmittel infolge der starken Entwertung der Mark zur Finanzierung der Betriebe nicht mehr ausreichen und trotz des Vorliegens genügender Aufträge zu Betriebseinschränkungen geschritten werden muß.

Für die Warenausfuhr nach Deutschland bestehen Einschränkungsmaßnahmen nur in geringer Grenze, weil sie in wesentlichen Positionen von unbedingten Lebensnotwendigkeiten beherrscht ist. In den ersten neun Monaten 1922 entfielen von der Gesamteinfuhr Deutschlands rund 42% auf Rohstoffe, 23,5% auf Lebensmittel und Getränke, 14,5% Prozent auf Halbfabrikate und 16,2% Prozent auf Fertigfabrikate. An den ersten drei Positionen kann nichts Wertvolles erspart werden. Durch die Abtrennung landwirtschaftlicher und industrieller Uebersehgebiete wurde die Notwendigkeit des Bezuges ausländischer Lebensmittel, Rohstoffe und Halbfabrikate gesteigert, insbesondere durch die Abtrennung der Kohlengruben und der Industriewerke im Saargebiet und in Oberschlesien, sowie durch die Reparationskostenlieferungen. Es wäre daher nur möglich, bei der Einfuhr von Getränken und Fertigfabrikaten etwas zu ersparen. Aber gerade bei diesen Waren werden die fortgesetzten deutschen Bemühungen, die Einfuhr einzuschränken, illusorisch gemacht, durch die Kontingentsbestimmungen des Vertrages von Versailles, durch das noch immer bestehende Loch im Westen und durch die schwierige handelspolitische Lage Deutschlands infolge der ausgezwungenen einseitigen Meistbegünstigung. Die großen Käufe in Amerika erklären sich daraus, daß Amerika der Hauptlieferant Deutschlands für Rohstoffe und Getreide ist, und diese Waren den größten Teil der deutschen Einfuhr ausmachen. Aber trotzdem bleiben die deutschen Käufe in Amerika wesentlich hinter denjenigen vor dem Kriege zurück. So bezifferte sich beispielsweise die deutsche Einfuhr an Rohbaumwolle im ersten Halbjahre 1922 auf 1,6 Millionen Doppelzentner gegen 2,9 Millionen Doppelztr. im gleichen Zeitraum 1913. Und die skandalöse Prosperität der deutschen Industrie? Zur Widerlegung braucht nur darauf hingewiesen zu werden, daß im August 1922 der durchschnittliche Kurswert der an der Berliner Börse gehandelten Aktien in Papiermark 837 Milliarden betrug, der Goldmarkwert dagegen nur 3,25 Milliarden. Im Durchschnitt belief sich die Dividende auf 20,38 Prozent in Papiermark und 1,85 Prozent in Goldmark. Demgegenüber rechnete man vor dem Kriege mit einer Durchschnittsdividende von 6 Prozent in Goldmark. Im übrigen scheint auch Poincaré nicht so sehr von dem ungeheuren Werte der deutschen Industrie überzeugt zu sein, lehnt er doch in seiner Rede die Beteiligung Frankreichs an der deutschen Industrie ab, da sie nur sehr geringe Summen einbringen werde. Zur Frage des angeblichen abfälligen Bankrotts Deutschlands braucht nur auf die Ausführungen Loucheurs im „Somme Libre“ vom 13. März verwiesen zu werden, wo er klipp und klar ausdrückt, man müsse endlich mit der Legende des bewußten deutschen Bankrotts aufräumen. Deutschland sei ein blühendes Land. Wenn es schon keine Arbeitslosen habe, so sei seine Blüte nichts wie Jaspade. Weiter sagt Poincaré, die französische Regierung habe mit Rücksicht auf die Belgier und um die Lösung in Brüssel zu erleichtern, hinsichtlich der Reparationen von Zwangsmaßnahmen abgesehen. In der ganzen Welt wird man dies als ein indirektes Eingeständnis dafür aufzufassen haben, daß die Sanktions- und Retorsionspolitik nicht geeignet ist, die Reparationsleistungen zu fördern, sondern sie zu beeinträchtigen. Sie befähigt übrigens auch den stets von der deutschen Regierung sowie auch vom einsichtigen Ausland vertretenen Standpunkt. Schließlich behauptet der französische Ministerpräsident, Deutschland habe niemals den aufrichtigen Wunsch gehabt, seine Reparationsschuld zu begleichen. Demgegenüber kann nur immer wieder auf die feststehende Tatsache hingewiesen werden, daß Deutschland bisher auf Grund des Friedensvertrages an einmaligen und fortlaufenden Leistungen bereits 41 Milliarden Goldmark gezahlt hat.

ermittlung drei
der französischen
auf absolute Rich-
verbesserten Me-
etrum im ersten
5. 1921 bis zum
enhandels 1865
ferner auf die
markte und be-
wiedererobert,
eine Ausfuhr-
marktpreisen an-
folge der außer-
in der letzten
Und was die
trägt die deut-
kriegsausfuhr,
in Deutschland
liegt aber da-
es früher im
Geschäftsverhält-
beziehungen würde,
die geringe
Auslande aus-
Deutschland
wirtschaftlicher
dem Ergeb-
zeit im übri-
nimmt die Ar-
Zeit zu, insbe-
Industrie die
nen kann und
ne der starken
Betriebe nicht
nüglicher Auf-
werden muß,
bestehen Ein-
ze, weil sie in
Lebensnotwen-
Monaten 1922
s rund 42 %
und Getränke,
Prozent auf
nen kann nichts
rennung land-
gebiete wurde
Lebensmittel,
sondere durch
Industriewerke
durch die Repa-
ir möglich, bei
aten etwas zu
erden die fort-
einzuschränken,
nungen des
her bestehende
indelspolitische
ten einseitigen
erita erklären
Deutschlands
ren den größ-
Über trotzdem
sentlich hinter
ifferte sich bei-
baumwolle im
oppelzentner ge-
eitraum 1913.
en Industrie?
wiesen zu wer-
Kurswert der
n Papiermark
dagegen nur
die Dividende
5 Prozent in
r dem Kriege
zent in Gold-
cht so sehr von
rie überzeugt
ligung Frank-
r sehr geringe
s angeblichen
nur auf die
vom 13. März
usbrückt, man
sten deutschen
de, so sei seine
re, die franzö-
elgier und um
lich der Repa-
In der gan-
Eingeständnis-
s- und Retor-
ionsleistungen
Sie beständig
regierung sowie
Standpunkt.
nisterpräsident,
Bunsch gehabt,
gegenüber kann
ge hinweisen
des Friedens
Leistungen be-

England unterstützt die französischen Reparationsforderungen.

Paris, 20. Nov. Die „Chicago Tribune“ schreibt, der englische Delegierte in der Reparationskommission, Bradburn, habe von dem neuen englischen Kabinett die Anweisung erhalten, die französischen Reparationsansprüche gegen Deutschland auf das denkbar weitgehendste zu unterstützen. In der Konferenz vom vergangenen Samstag habe Lord Curzon Poincaré erklärt, die englische Regierung schide sich an, Frankreich bei der Erzwingung von Zahlungen seitens Deutschlands zu unterstützen. Das Blatt führt diese Abmachungen auf einen Ausgleich zwischen Orient- und Reparationspolitik zurück. — Daß Deutschland von England als Schacherngobjekt zu Gunsten seiner Orientinteressen benützt würde, war vorauszusetzen. Vielleicht verliert sich jetzt bei uns doch einmal die Illusion, daß England oder sein geheimer Mitspieler Amerika, uns je gegen Frankreich helfen könnten.

Ein Reparationsangebot der deutschen Industrie?

Paris, 20. Nov. Das „Journal des Débats“ schreibt, offenbar durch die Reparationskommission veranlaßt, zu der Berliner Meldung des „Daily Telegraph“ über ein Reparationsangebot der deutschen Industrie durch Vermittlung von Staatssekretär Bergmann: Die von gewissen Blättern verbreiteten Gerüchte, die deutschen Industriellen hätten den Plan in Erwägung gezogen, für die endgültige Regelung der Reparationen und die Räumung der Rheinlande 20 Milliarden zu bezahlen, entsprechen keinem bestimmten Angebot. Die Reparationskommission weiß nichts darüber und ist mit nichts befaßt worden, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser Plan in gewissen deutschen Industrie-kreisen behandelt wird. — Staatssekretär Bergmann hat den Pariser Vertreter des W.D. beauftragt, die Nachricht des „Daily Telegraph“ zu dementieren.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften für Markstabilisierung.

Berlin, 21. Nov. In Uebereinstimmung mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der A.G. und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Beschluß gefaßt, nach dem die Stabilisierung der Mark als die dringlichste und erste Aufgabe der deutschen Politik bezeichnet wird, um die jetzige Notlage zu heben. Jede Verlängerung der gesetzlichen achtstündigen Arbeitszeit wird mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Ueberstunden sollen nur durch Kollektivvereinbarungen mit den zuständigen Gewerkschaften erfolgen.

Die Frage der Umbildung des Reichskabinetts.

Cuno erneut mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Berlin, 20. Nov. Der Reichspräsident hat Generaldirektor Dr. Cuno erneut mit der Bildung des Reichskabinetts beauftragt. Dr. Cuno hat den Auftrag angenommen. Er beabsichtigt, ein Geschäftministerium zu bilden und hofft, morgen diese Aufgabe zu Ende zu führen.

Die Frage der Bildung eines Geschäftsministeriums.

Berlin, 20. Nov. Nach der Ablehnung der Sozialdemokraten, gemeinsam mit der Deutschen Volkspartei in der Regierung zu arbeiten, werde jetzt, wie die Blätter schreiben, Cuno ein Ministerium der Arbeit oder, wie einige Zeitungen schreiben, ein Geschäftministerium ohne Sozialdemokratie bilden, das teils aus Reichstagsabgeordneten, teils aus nichtparlamentarischen Wirtschaftlern zusammengesetzt wird. Mit dieser Regierung werde Cuno vor den Reichstag treten. Die Blätter glauben, daß die Vereinigte sozialdemokratische Partei, ohne die eine Mehrheit für die Billigung des Regierungsprogramms durch den Reichstag nicht zu gewinnen sei, keine allzu großen Schwierigkeiten mache und das Kabinett Cuno dulden werde. Dieses Geschäftskabinetts werde, laut „Völkischer Zeitung“, nur als ein Provisorium angesehen, das über die Zwischenzeit bis zur Bildung eines im Parlament fester fundierten Koalitionskabinetts hinweghelfen soll. Von der Bildung einer Minderheitsregierung, die sich nur auf die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft stützt, habe Cuno abgesehen, hauptsächlich wohl weil, wie es in der „Germania“ heißt, im Zentrum wenig Neigung bestehe, sich an einer bürgerlichen Minderheitsregierung zu beteiligen.

Berlin, 21. Nov. In Ausführung des Auftrags des Reichspräsidenten zur Bildung eines Geschäftsministeriums hat Geheimrat Cuno wegen der Zusammenlegung der neuen Regierung gestern den ganzen Tag über verhandelt. Die Blätter veröffentlichen bereits vermutliche Ministerlisten, in denen folgende Namen genannt werden: Reichsminister: Dr. Cuno; Außenminister: Dr. Schamer; Innerminister: Dr. Schamer; Volksminister: Dr. Kardorf; Oberpräsident Schwaben: Dr. Scholz; Finanzminister: Dr. Hermes; Reichswehr: Dr. Gehler; Arbeit: Dr. Brauns; Justiz: Dr. Heinze, der gleichzeitig Vizeminister werden soll; Wirtschaft: der geschäftsführende Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. Sorge, der frühere Schatzminister v. Raumer oder der Direktor der Deutschen Werke, Heinrich. Einige Blätter sprechen von einer beabsichtigten Zusammenlegung des Reichsfinanzministeriums mit dem Reichswirtschaftsministerium. Weiter werden genannt: für Ernährung der Führer der Bayerischen Volkspartei, Dr. Heim oder Kommerzienrat Rasbette, für Post der Leiter der bayerischen Abteilung des Reichspostministeriums, Staatssekretär Stinckel, für die Eisenbahn: Gröner. Das Wiederaufbauministerium soll angeblich der wirtschaftspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes angegliedert werden. Als mutmaßlicher Chef der Reichskanzlei wird der frühere bayerische Handelsminister Dr. Hamm genannt. Wie die Blätter mitteilen, wird Cuno voraussichtlich am Donnerstag dem Reichstag das neue Kabinett vorstellen und eine programmatische Erklärung abgeben.

Bermischtes.

Französische Justiz im besetzten Gebiet.

Berlin, 19. Nov. Bei einer Schlägerei in Kauenthal wurde, wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ aus Wiesbaden berichtet wird, einem Franzosen ein Arm gebrochen. Der Hauptangeklagte, ein ehemaliger Marineoffizier, der rechtzeitig floh, wurde vom französischen Militärgericht in Wiesbaden in contumaciam zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Ein Arbeiter erhielt drei Jahre Gefängnis und 500 Franken Geldstrafe, zwei andere Angeklagte 6 bzw. 2 Monate Gefängnis neben einigen hundert Franken Geldstrafe. Der Bürgermeister wurde zu 100 000 M Geldstrafe und der Gendarm zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil sie die Ordnung nicht aufrecht erhielten.

Teuerungskrawallen in Braunschweig.

Braunschweig, 21. Nov. Nach einer Verlamnung auf dem Hagenmarkt zog gestern in den Abendstunden ein größerer Trupp meist jüngerer kommunistischer Elemente durch die Straßen vor Lebensmittel- und andere Geschäfte, offenbar in der Absicht, Gewalttätigkeiten zu begehen. In einem Lebensmittelgeschäft wurden die Fensterscheiben eingeschlagen und ein Teil der Auslagen geraubt. Durch das schnelle Eingreifen der Polizei, die die Menge in Schach hielt, konnten größere Ausschreitungen verhindert werden.

Moderner Räubertrick.

Berlin, 18. Nov. In einem Hotel in der Nähe des Anhalter Bahnhofes wurde gestern früh eine Dame in ihrem Zimmer betäubt und beraubt aufgefunden. Nach ihren Angaben habe sie mit zwei in demselben Hotel wohnenden angeblichen Amerikanern, die Juwelen aufkaufen wollten, in Unterhandlung gestanden. Während der Unterhaltung hätten ihr die beiden Liköre- und Konfekt angeboten, nach deren Genuß sie die Besinnung verloren habe. Als sie aus einem tiefen Schlaf erwachte, habe sie entdeckt, daß ihre ganzen Schmucksachen im Werte von einer Million Mark verschwunden waren. Die angeblichen Amerikaner waren nach den Feststellungen der Polizei spurlos verschwunden.

Ausraubung einer Villa.

Karlsruhe, 19. Nov. Gestern früh zwischen 4 und 6 Uhr drangen Einbrecher in eine Villa in der Maximilianstraße und stahlen sämtliche Silberachen, ferner Teppiche, Kleidungsstücke, Pelze usw. im Gesamtwerte von mindestens 10 Millionen Mark. Geld wurde nicht entwendet. Der Besitzer der Villa war verreist. Von den Tätern hat man noch keine Spur.

Unruhen in Englisch-Südafrika.

London, 18. Nov. Die „Times“ melden aus Johannesburg: Gestern wurden zwei Teilnehmer an den Unruhen in Johannesburg und in Pretoria gefaßt. Sie sangen auf dem Schafott das Lied: „Die rote Fahne.“ Bis zum letzten Augenblick gingen zahlreiche Begnabigungsgesuche bei der Regierung ein. Am Donnerstag war in Johannesburg eine Protestkundgebung abgehalten worden, wobei ein Polizeibeamter von der Menge schwer verletzt wurde. Die Erbitterung über die Ablehnung des Gnadengesuches ist, den „Times“ zufolge, unter den Amerikanern außerordentlich groß.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 21. November 1922.

Wie soll man im Winter die Vögel füttern?

Nicht im Schnee, da das Futter naß wird und zum großen Teil verloren geht. Am besten verbirgt man in einem Gebüsch ein kleines Brett und streut darauf das Futter; man kann das Brett auch an einem sonst geeigneten Ort aufstellen, doch schübe man es vor Kägen. Als Futter reiche man den Vögeln nie Brot, vor allen Dingen kein weiches Brot, denn wenn dieses naß wird, wird es sauer und die Vögel geben daran zu Grunde. Das beste Futter ist Hanfsamen, gebrochene Haferkörner oder Ruchkörner.

Finanzausfluß des Landtags.

Die Frage der Verwendung landwirtschaftlicher Arbeiter in der Industrie.

(E.C.B.) Stuttgart, 17. Nov. Der Finanzausfluß letzte seine Beratungen bei Kapitel 36, Landesamt für Arbeitsvermittlung, fort. Der Berichterstatter wünschte Auskunft über die etwaige Veränderung des Landesamts für Arbeitsvermittlung durch das Reichsarbeitsvermittlungsgesetz. Von der Regierung wurde mitgeteilt, daß in persönlicher und sachlicher Beziehung eine Aenderung nicht eintreten werde. Die Arbeiten zur Durchführung des Reichsarbeitsvermittlungsgesetzes sind in vollem Gange. Nach diesem Gesetz würden vom Reich zwei Drittel und von den Ländern ein Drittel der Kosten zu leisten sein. Eine längere Aussprache knüpfte sich an die Frage der Verwendung landwirtschaftlicher Arbeiter in der Industrie. Mitglieder des Bauernbundes und des Zentrums erklärten sich dahin, daß bauernmäßige landwirtschaftliche Arbeiter in der Industrie nicht einmal in Zeiten der Hochkonjunktur erwünscht seien. Diese Leute sollten der Landwirtschaft erhalten bleiben. Ein Mitglied der Sozialdemokratie brachte Klagen vor über den großen Unfug der Abwanderung von Söhnen und Töchtern der Landwirte in die Fabriken und befürchtete davon neben anderen schlimmen Wirkungen volkswirtschaftlicher Art, daß diese Arbeiter zu Lohndrückern werden. Ein Mitglied der Demokraten appellierte andererseits an die Arbeiterorganisationen und brachte Klagen vor, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter, wenn sie einmal in die Organisationen der Fabrikarbeiter aufgenommen seien, von diesen geduldet werden, falls die Unternehmer sie entlassen wollen. Dann wurde ein Antrag Dingler-

Siller angenommen, dafür einzutreten, daß die seit 1. April 1921 aufgehobene Fahrpreisermäßigung für die Vermittlung landwirtschaftlicher und gewerblicher Arbeiter wieder eingeführt werde. Angenommen wurde ferner ein Antrag Dingler-Siller-Scheef, die Arbeitsämter anzuweisen, bei der Vermittlung von Arbeitskräften dahin zu wirken, daß Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich als landwirtschaftliche Arbeitskräfte eignen, solange die Landwirtschaft Arbeitskräfte benötigt, möglichst nur landwirtschaftlichen Betrieben zugeführt werden. Weiterhin wurden gegen die Stimmen der vereinigten Sozialdemokratie ein Antrag Dingler-Siller angenommen, daß das Landesarbeitsamt in engster Fühlung mit dem städtischen Arbeitsamt in Stuttgart und den landwirtschaftlichen Organisationen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln bestrebt sein soll, landwirtschaftliche und, wenn nötig, geeignete industrielle Arbeiter auf das flache Land der Landwirtschaft zuzuführen. Kapitel 37 wurde ohne wesentliche Beanstandungen genehmigt. Bei Kapitel 38 wurde folgender Antrag Rühle, Bides, Möhler-Groß angenommen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Entschädigungen der aus den abgetretenen Gebieten vertriebenen deutschen Staatsangehörigen so rasch als möglich geregelt werden; ferner ein gemeinsamer Antrag, dafür zu sorgen, daß den Kriegsverletzten und Kriegshinterbliebenen die restierenden auf 1. April 1920 rückwirkenden Teuerungszuschläge mit größter Beschleunigung ausbezahlt werden. Einstimmig angenommen wurde auch ein Antrag des Berichterstatters, folgenden neuen Titel 5 einzufügen: 5. einmalig: Sozialrentnerfürsorge, A Zuschüsse für nichtleistungsfähige Gemeinden 3 Millionen, ab B Einnahmen (Erlöse) 1,5 Millionen M. Bei Kapitel 39 wünschte der Berichterstatter, daß die Erwerbslosenfürsorge in Zukunft mehr produktiv ausgebaut werde. Dann wurde auch dieses Kapitel angenommen und die Weiterberatung auf nachmittags 3 Uhr vertagt.

(E.C.B.) Badnang, 20. Nov. Der Gerbereiarbeiter E. Dürr fiel zwischen Oppenweiler und Strümpfelbach von einem Lastkraftwagen, weil er sich unter der Fahrt auf das Trittbrett begab. Er kam unter die Räder und konnte nur noch als Leiche hervorgehohlet werden.

(E.C.B.) Burgstall, O.N. Marbach, 20. Nov. Ein etwa 60-jähriger Mann lief beim Bahnhof auf das Eisenbahngleis als der Zug vorüberfuhr und wurde von der Lokomotive gestreift und auf die Seite geworfen. Ohne daß es möglich war, seinen Namen zu erfahren, ist der Mann im Bezirkskrankenhaus Badnang, wohin er verbracht worden war, seinen Verletzungen erlegen.

(E.C.B.) Beizell, O.N. Gmünd, 20. Nov. Samstag abend gegen 10 Uhr bekam in der Traubenwirtschaft der 23 Jahre alte verheiratete Händler Arthur Kugler von hier mit dem 35 Jahre alten verheirateten Fleischnermeister Josef Brulter von hier einen Wortstreit, der in Tätlichkeiten ausartete. Hierbei schloß Kugler mit einem Revolver seinen Gegner zweimal in den Bauch. Der Täter ist in das Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert worden. Bruder ist am Sonntag morgen an den Verletzungen gestorben. Der Verstorbenen hinterläßt eine Witwe und sieben unversorgte Kinder.

(E.C.B.) Ellwangen, 20. Nov. Seit 2 1/2 Jahren wird darüber beraten und gestritten, was aus der ehemaligen Unteroffizier-Vorbildungsanstalt werden soll. Die Regierung möchte gern das Stuttgarter Waisenhaus nach Ellwangen verlegen. Doch dagegen ist die ganze Bevölkerung und auch der Gemeinderat, was in der letzten Gemeinderatsitzung in einer erregten Aussprache kam.

(E.C.B.) Bom Oberland, 20. Nov. Am Sonntag morgen bot sich den erstaunten Blicken ganz unvermutet eine Schneedecke, während es Tags über zuvor in der Ulmer Gegend noch gedonnert hatte. Zwar wurde der Schnee tagsüber vielfach wieder weggeschmolzen, doch war dafür am Montag morgen die Schneedecke auf hartgefrorenem Boden wieder erneuert. Auf der Alb soll der Schnee schon 40 Zentimeter hoch liegen, so daß bei Münsingen die Kinder bereits Schlitten fahren.

(E.C.B.) Von der bayerischen Grenze, 20. Nov. Die Frau des Regierungsrats Fischer in Straubing nahm in einem Anfall von Geistesgestörtheit die Schußwaffe ihres Mannes und gab auf ihre beiden Kinder zwei Schüsse ab, von denen der eine das 5jährige Mädchen sofort tötete, während der andere das 2jährige Mädchen in die Brustseite traf und es schwer verletzte. Die Frau richtete darauf die Schußwaffe gegen sich selbst und verletzte sich schwer.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

* Der Dollar stand gestern auf 6780 M, der Schweizer Franken auf 1245 M.

Wärkte.

(E.C.B.) Balingen, 20. Nov. (Schweinemarkt.) Zugeschickt wurden 240 Milch- und 2 Läuferchweine. Der Handel war schleppend. Ein kleiner Rest blieb unverkauft. Der Preis für ein Milchschwein betrug 6—15 000 M, für ein Läuferchwein 17—19 000 M.

(E.C.B.) Ravensburg, 20. Nov. (Viehmarkt.) Beifuhr von Rindvieh 78 Stück, verkauft 44 Stück. Beifuhr von Ferkeln 450 Stück, die alle verkauft wurden. Durchschnittspreis kleine 8000 M, mittlere 10 000 M, große 12 000 M. Ein Läuferchwein kostete 15—20 000 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen leider nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. D. Schmitt.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw, Druck und Verlag der W. Döschner'schen Buchdruckerei, Calw.

Stadtgemeinde Calw.
Die Dienststunden der städt. Beamten
 wurden durch Gemeinderatsbeschluss folgendermaßen festgesetzt:
Montag bis Freitag vormittags 8-12 Uhr
 nachmittags 2-7 Uhr
Samstags vormittags 8-12 Uhr.
 Calw, den 18. November 1922.
 Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Stadtgemeinde Calw.
Wohnungsangelegenheiten.
 1. Es wird darauf hingewiesen, daß eine Kündigung des Vermieters wirksam wird, wenn nicht vom Mieter unverzüglich, nachdem ihm die Kündigung zugegangen ist, beim Mietvertragsamt der Antrag gestellt wird, die Kündigung für unwirksam zu erklären, weil der Mieter nicht in der Lage sei, eine entsprechende andere Wohnung zu erhalten.
 2. Es wird der Beschluß des Gemeinderats vom 4. Sept. 1922 in Erinnerung gebracht, wonach sämtliche verfügbar werdende Familienwohnungen (Wohnungen mit Küche) innerhalb 3 Tagen beim Stadtschultheißenamt anzumelden sind. Mieträume gelten als verfügbar, sobald der Mietvertrag gekündigt oder in anderer Weise aufgehoben ist. Zuwiderhandlungen sind strafbar.
 Calw, den 18. November 1922.
 Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Der Brandschadensbeitrag
 wolle am Donnerstag, den 23. November entrichtet werden. Säumige haben für die notwendige Mahnung eine Gebühr zu entrichten.
 Calw, den 20. November 1922.
 Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Bitte für das Vereinshaus.
 Die große Wohlthat, in unserem Vereinshaus ein ev. Gemeindehaus zu besitzen, empfinden wir in der Stadt Calw in der mannigfaltigsten Weise.
 Unsere beiden Krankenkassenvereine haben dort ihre Wohnungen, der Kirchengesangverein, der Sängerverein, die beiden Jungfrauenvereine u. a. haben dort ihre Versammlungsräume. Die Gemeindefestlichkeiten benötigen den großen Saal. Im Winter wird der Konfirmandenunterricht und in den kältesten Monaten auch der Sonntagsgottesdienst, das ganze Jahr über die wöchentliche Bibelstunde im Vereinshaus gehalten. Für Veranstaltungen des Volksbundes, Vorträge fremder Redner, ist das Gemeindehaus unentbehrlich. Infolge der Teuerung sind aber die Ausgaben für Heizung, Beleuchtung, Reinigung, enorm gestiegen. Unauflösbare Sanarbeiten verursachen besondere Kosten. Die Beiträge der Vereine, welche selbst auf milde Gaben angewiesen sind, und der von der Kirchengemeinde zu leistende Beitrag reichen nicht mehr aus. Wir sind daher auf die freiwillige Unterstützung unserer ev. Gemeindeglieder angewiesen. Die Stadt Calw hat für fremde Not immer noch Wohlthätigkeitssinn und eine offene Hand gehabt. Wir glauben daher an unsere ev. Glaubensgenossen mit der herzlichen Bitte heranzutreten zu dürfen, den Fortbestand des Vereinshauses u. die Fortführung der edlen Zwecke, denen es dient, durch einen außerordentlichen Beitrag zu ermöglichen. Zugleich ladet der ev. Verein alle, welche für seine Bestrebungen Interesse haben, zum Beitritt ein. Mitglied kann jedes ev. Gemeindeglied werden, das zu einem jährlichen Beitrag, dessen Höhe es selbst bestimmt, bereit ist. Die Beiträge für das Jahr 1921/22 werden bei unseren Vereinsmitgliedern in der nächsten Zeit eingekassiert. Anmerkungen zum Beitritt sowie freiwillige einmalige Gaben nimmt Hausverwalter Koch und der Unterzeichnete jederzeit gerne entgegen.
 Im Namen des ev. Vereins.
 Dekan Zeller.

Sie unterstützen

Ihre Konkurrenz,
wenn Sie keine
Reklame machen!

Landw. Bezirksverein Calw.
 Auf Lager ist:
 Kalkstickstoff, phosphorsaurer
 Kalisalz 42proz., Futtermalk,
 Rainit, Saatkäsen,
 Superphosphat, Futtererbsen.
 Koch- u. Viehsalz.
 Geschäftsstelle. Fernsprecher 86.

Carl Dangler, Stricker,
 empfiehlt sich im
Anfertigen von Westen
 für Herren, Damen und Kinder
 bei guter Bedienung.

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“.
2 tüchtige Blagarbeiter
 gesucht.
 Leonh. Woll, Dampf- u. Bierzweig, Pforzheim.

Wand-Kalender
 für das Jahr 1923
 mit Märkteverzeichnis.
 Zum Preise von 10.- Mk. zu haben
 in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

W. Bürgerpartei.
 Mitgliederversammlung
 Dienstag, 21. Nov. abends
 8 Uhr im „Badi. den Ho.“.
 Tagesordnung: Gemeinderatswahl. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Zucker.
 Die Kleinhandlker wollen, da die Fabriken Vorauszahlung vorschreiben, entsprechend Ihrer Belieferung sofort größere Anzahlungen machen, damit der Novemberzucker raschstmgl. bezogen werden kann.
 Dezenberpreise sind höher, was etwaigen Nachzüglern zur Kenntnis gebracht wird.
 Die Großhändler
 Eugen Dreiß, Calw,
 Gerh. Paulus,
 Liebenzell.

Die Mitglieder haben für den eintreffenden Zucker eine vorläufige Zahlung von Mk. 2500 an die Kasse zu leisten. Wer den Betrag nicht bis zum 25. November gezahlt hat, verliert den Anspruch auf Lieferung.
 Einkaufsgenossenschaft für das Bäckergewerbe Calw e. G. m. b. H.
 Habe einige Dackel für Salzjiegel, abzugeben
 Gust. Andreat, Hirsau.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Calw.
Zahnbehandlung.
 Ab heute gilt der Vertrag zwischen den Krankenkassenverbänden und der Vereinigung der Zahnärzte und Dentisten in ganz Württemberg als gelöst, weil die Krankenkassen auf die neuesten Forderungen nicht eingehen konnten. Bis zur Wiederherstellung der Beziehungen mit den Zahnärzten und Dentisten werden die Kassenmitglieder dringend ersucht, folgendes zu beachten:
 Zwecks Zahnziehens oder Nervulens wollen die Versicherten auf Rechnung der Kasse zum prakt. Arzt gehen. Mit Zahnplomben und künstlichen Gebissen, die meist nicht eilig sind, wolle zugewartet werden. In dringenden Fällen wollen die Kassenmitglieder zur Kassenverwaltung kommen, die ihnen nähere Weisung, wohin sie sich wenden können, erteilen wird. Die während der vertragslosen Zeit entstehenden Zahnbehandlungskosten werden nach wie vor von der Kasse getragen, sodass den Versicherten keinerlei Nachteile entstehen.
 Calw, den 20. November 1922.
 Vorsitzender des Vorstands: Ramparos. Verwalter: Prof.

Hochzeits-Einladung.
 Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, 23. Novbr. 1922 im Gasthaus zum „Hirsch“ in Würzbach stattfindenden
Hochzeits-Feier
 freundlichst einzuladen.
 Friedrich Pfomer, Würzbach.
 Christina Schroth, Sonnenhardt.
 Kirchgang 1/2 12 Uhr in Würzbach.

Achtung! Verkauft am Plage!
 Durch fortgesetzte Preissteigerung aller
Metalle, Eisen und Lumpen
 bezahle ich folgende Preise:
 Zinn M. 1800-2000 | Maschinenguß M. 50-60
 Messing M. 700 | Eis.-u. Stängenguß M. 20-30
 Kupfer M. 900 | Hauslumpen M. 50
 Zinn und Blei M. 600 | Knochen M. 30
 alles per Kilo.
 Flaschen nach Sorten.
Gust. Andreat, Hirsau.

Diejenige Pers., welche von mir am Sonntag abd. meine
Hundeleine
 entlehnte, möchte ich bitten, mir die elve so ort abzugeben.
 Eugen Reutlinger.

Suche auf sofort zur täglichen Mithilfe im Haushalt
tüchtig. Mädchen
 oder Frau.
 Zu erfragen
 Frau Ingenieur Preußger,
 Bischofstraße 453.

Für
Felle
 jeder Art, sowie gebrauchte
Mehlsäcke
 und alle Sort. Säcke
 werden die höchsten Preise bezahlt nur bei
Kosdzial,
 Pforzheim,
 Klostermühlgasse 8
 Calw, Telefon 2681.
 Jedes Quantum wird abgeholt.

Einen gut erhaltenen
Kinderwagen
 sowie eine gut erhaltene
Zither
 zu kaufen gesucht.
 Saggasse 193, 1. Treppe.

Wenn Sie sich ein
gutes Weihnachts-Geschäft
 sichern wollen, dann geben
 Sie eine Anzeige für die
Weihnachts-Tafel
 des „Calwer Tagblatt“ auf.

Buchen-, Eichen-, Tannen-, Forchten-, Eichenholz-, Bündel- und Schwarzen-Brennholz, sowie Stangen
 aller Klassen kauft laufend geg. sortierte Kasse.
 Wilhelm Lanher, Ebersbach/Wilbg. Fernsprecher 2.
Bäckerei mit Wohnung zu vermieten.
 Otto Frohnmeyer, Badstraße 375 II. Stock.
Waffenhüttenholz
 auf zu hohen Preisen kleine und große Quantitäten
 Alfred Mayer, Immendingen.
 oder Auskunft hierje post-moend gerne bereit.